

EWN

Entsorgungswerk für
Nuklearanlagen



Pressespiegel

28.10.2022

Inhalt

EWN

1 Lubmin: Bürger kritisieren Pläne für neues Castor-Lager <i>Ostsee-Zeitung - Rostocker Zeitung, 28.10.2022</i>	3
2 Kommentar: Sicherheit zuerst <i>Ostsee-Zeitung - Rostocker Zeitung, 28.10.2022</i>	5
3 Nach Explosionen im September: Regierung glaubt nicht an Verfügbarkeit von zweiter Röhre Nord Stream 2-Röhre <i>tagesspiegel.de, 27.10.2022</i>	6

 Ostsee-Zeitung - Rostocker Zeitung | 28.10.2022 | S. 1

 Auflage: 28.617 | Reichweite: 70.189

 Martina Rathke

Lubmin: Bürger kritisieren Pläne für neues Castor-Lager

Umweltverband fordert Neubewertung wegen geopolitischer Bedrohungslage

Genau 74 Castorbehälter mit hochradioaktivem Atom- müll stehen im Zwischenlager Nord (ZLN) in Lubmin. Doch nicht mehr lange, geht es nach den Plänen des Betreibers **EWN**. Ab 2027 sollen die Behälter umgela- gert werden - in ein neues Lager, nur wenige Hundert Meter vom alten Platz entfernt. Das Genehmigungs- verfahren läuft seit 2019, geht am Dienstag mit der Er- örterung in eine neue Runde.

Angesichts der veränderten geopolitischen Lage, der Gefährdung kritischer Infrastruktur und der Planun- gen für LNG-Terminals in Lubmin fordert der Umwelt- verband BUND nun eine weitere Neubewertung: Be- vor eine Genehmigung für das neue Lager Estral er- teilt wird, müssten die neuen sicherheitsrelevanten Gegebenheiten in Lubmin geprüft werden - auch wenn dies den Baustart hinauszögern würde. „Was nutzt der übereilte Neubau eines Zwischenlagers, wenn dieser nachher nicht sicher ist?“, so BUND-Landeschefin Co- rinna Cwielag.

Nach den Terrorakten von 2001 hatte der Bund die Si- cherheitsforderungen für Atomlager erheblich ange- zogen. Größter Schwachpunkt im ZLN: Die Castorhal- le ist mit den Hallen für schwach- und mittlradioak- tiven Abfall verbunden. Das Estral soll separat stehen und höheren Sicherheitsstandards genügen: u.a. mit dicken Stahlbetonwänden von 1,80 Meter Stärke. Mehr als 200 Bürger hatten nach Angaben des Bundesam- tes für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung (BASE) Einwendungen gegen Teile der Planungen erhoben, überwiegend in Form von Sammeleinwendungen.

Der Umweltverband sieht in dem Genehmigungsver- fahren gar einen „bundesweiten Präzedenzfall“. Das

Estral in Lubmin werde Standards für alle anderen La- ger setzen, bei denen künftig die Genehmigungen aus- laufen, sagt Cwielag. Die Kritik fokussiert sich vor al- lem auf einen Punkt: Bislang soll es im Lager keine hei- ße Zelle geben, einen abgeschirmten Bereich, in dem Castoren geöffnet, repariert werden und der strahlen- de Inhalt in neue Behälter verpackt werden kann. Die **EWN** planen einen späteren Anbau als Option.

„Völlig unverständlich“, meint Hannes Damm (Grüne). Die Genehmigung für den ersten Castor endet bereits 2036 und damit neun Jahre nach Eröffnung des Estral. Spätestens dann werde eine heiße Zelle benötigt, um Castoren zu prüfen. Das Problem: Noch stehen weder Ort noch Zeitpunkt für die Inbetriebnahme eines End- lagers in Deutschland fest. Unklar also, wann die Lub- miner Castoren ins Endlager gehen.

Das BASE will sich vor der Erörterung nicht äußern. Auch die bundeseigene **EWN** GmbH hält sich bedeckt. Das Unternehmen hatte seit 2019 auf eine transparen- te Öffentlichkeitsbeteiligung gesetzt. Man hoffe, dass die proaktive Kommunikation dazu geführt habe, dass die meisten Fragen im Vorfeld geklärt werden konn- ten, so **EWN**-Sprecher Kurt Radloff.

Das Land hat keine Einwände gegen den Bau erhoben. Grundsätzlich sei das Estral sehr robust ausgelegt, so das Umweltministerium. Seite 5

Zitat-Text:

„Was nutzt der übereilte Neubau eines Zwischen- lagers, wenn dieser nachher nicht sicher ist?“
 - Corinna Cwielag, BUND-Landeschefin



📰 Ostsee-Zeitung - Rostocker Zeitung | 28.10.2022 | S. 5

📄 Auflage: 28.617 | Reichweite: 70.189

👤 Axel Büssem

BÜRGER KRITISIEREN PLÄNE FÜR NEUES CASTOR-LAGER

Kommentar: Sicherheit zuerst

In Lubmin soll ein neues atomares Zwischenlager entstehen. Grund sind unter anderem Sicherheitsbedenken beim bestehenden Lager. Doch auch der Neubau ist in der Kritik von Bürgern und Umweltschützern.

Zunächst einmal mutet es widersinnig an: Das neue Lager könnte von den Gegnern verhindert werden, weil es möglicherweise nicht sicher genug ist, und deswegen bleibt man beim alten, das noch unsicherer ist. Das grenzt an Vogel-Strauß-Taktik.

Denn ein Fakt bleibt: Der Müll muss irgendwohin. Man kann ihn sich nicht einfach wegwünschen. Deutschland hat und produziert immer noch Atommüll. Und

so lange es kein Endlager gibt - was auch nicht im Entferntesten absehbar ist - muss er zwischengelagert werden.

Das zeigt auch: In der aktuellen Debatte um die Verlängerung der Laufzeiten von Atomkraftwerken kommt dieser Punkt viel zu kurz. Mit jedem Brennstab, der neu eingesetzt würde, vermehrt sich auch der Atommüll.

Die Bedenken der Kritiker des neuen Lagers in Lubmin müssen trotzdem ernstgenommen werden, etwa der Hinweis auf die fehlende „heiße Zelle“. Die Sicherheit muss unangefochten an erster Stelle stehen.

Nach Explosionen im September: Regierung glaubt nicht an Verfügbarkeit von zweiter Röhre Nord Stream 2-Röhre

Ende September kam es zu Explosionen in den Gas-Pipelines Nord Stream 1 und 2. In Berlin geht man nicht davon aus, dass die Gasleitungen noch einmal genutzt werden könnten.

Entgegen der russischen Einschätzung geht die Bundesregierung nicht davon aus, dass eine der beiden Röhren der Pipeline Nord Stream 2 nach den Explosionen vom September noch intakt ist.

„Es ist sehr wahrscheinlich, dass der Sabotageakt mit starken Explosionen negative Auswirkungen auf beide Pipelinestränge hatte und die grundsätzliche technische Verfügbarkeit somit aktuell nicht mehr gegeben ist“, heißt es in einer Antwort der Bundesregierung auf eine parlamentarische Anfrage von AfD-Fraktionsvize Leif-Erik Holm.

Darüber hinaus habe die Nord-Stream-2-Pipeline ohnehin die für ihren Betrieb notwendige Zertifizierung nicht erhalten und werde weiterhin nicht in Betrieb gehen können.

Ihm erscheine es so, „als hoffe man in der Ampel geradezu, dass sich das Thema Gaslieferungen über Nord Stream mit den Anschlägen von selbst erledigt hat“,

sagte der AfD-Abgeordnete Holm.

Seine Partei plädiert für eine Inbetriebnahme von Nord Stream 2 und lehnt den Kurs der Bundesregierung ab, die sich als Reaktion auf den russischen Angriffskrieg in der Ukraine von russischen Gaslieferungen unabhängig machen will.

Ende September waren nach Explosionen in der Nähe der Ostsee-Insel Bornholm vier Lecks in den Gas-Pipelines Nord Stream 1 und 2 entdeckt worden, jeweils zwei davon in den Ausschließlichen Wirtschaftszonen Dänemarks und Schwedens.

Russlands Präsident Wladimir Putin hatte vor zwei Wochen Gaslieferungen durch den nach seiner Darstellung noch betriebsfähigen Strang der Pipeline Nord Stream 2 angeboten. „Man muss nur den Hahn aufdrehen“, sagte er auf der russischen Energiewoche in Moskau. Die Röhre sei wohl nicht so beschädigt worden, dass sie nicht mehr genutzt werden könne.